

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
No 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post und den Agenten liegen frei im Jahr monatlich 100 Mark. Einzelhefte: Die 10seitige Heftchen aber deren Raum 8 Mk., die Wochenhefte 20 Mk., die Monatshefte 200 Mk., die Vierteljahrshefte 700 Mk., die Jahrshefte 2400 Mk., die Halbjahrshefte 1200 Mk., die Monatshefte 200 Mk., die Vierteljahrshefte 700 Mk., die Jahrshefte 2400 Mk., die Halbjahrshefte 1200 Mk.

No. 249.

Altensteig, Mittwoch den 25. Oktober.

Jahrgang 1922

## Diejenigen Postabonnenten,

welche unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ nur für den Monat Oktober bestellt haben, machen wir darauf aufmerksam, daß es um Unterbrechungen in der Zustellung zu vermeiden, notwendig ist, in den nächsten Tagen die

### Erneuerung des Bezugs für den Monat November

bei der Post selbst vorzunehmen, da die Post von sich aus den Monats-Bestellern keine Zahlungsrechnung zur Einsendung vorlegt. Wir bitten daher den Bestellschein auf der letzten Seite unserer heutigen Nummer zu verwenden.

## Die verschobene Krise.

Wieder einmal liegt Krisenstimmung über dem politischen Leben Deutschlands, von der man im Augenblick noch nicht weiß, wohin sie treibt. Hervorgehoben ist zweifellos durch die Verschärfung der Finanz- und Wirtschaftsnote, durch das Steigen des Dollars und den rapiden Sturz der Mark. Den Anstoß zu einer politischen Krise gab aber die Vereinigte Sozialdemokratische Partei. Die Notverordnung gegen die Devisenpekulation ging den Sozialdemokraten nicht weit genug. Diese neue deutsche Verordnung war notwendig, aber sie kam zu spät und sie hat deshalb in ihrer Wirkung verfehlt. Der Devisenmarkt stößt, und der Dollar steigt. Die Besitzer von ausländischen Zahlungsmitteln halten diese einfach zurück, und dadurch wird der Devisennot des Reiches und der deutschen Wirtschaft nicht abgeholfen. Man plante ein deutsches wertbeständiges Goldpapier zu schaffen. Aber Woche um Woche verging und das Ergänzungsgeld zur Devisenverordnung, der Goldschaffwechsel, blieb aus. Die Sozialdemokraten machen den Reichsfinanzminister Dr. Hermes für die Verzögerung und Verschleppung verantwortlich.

Einen weiteren Grund zur Krise fanden die Sozialdemokraten in der Verdünnung des bisher bewilligten Preises für Umlagegetreide, wie das der Reichstag mit den bürgerlichen Stimmen am Montag abend beschloß. Die Sozialdemokraten fordern restlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden, also Zwangswirtschaft. Ein weiterer Grund zur Krisenmacherei der Sozialdemokraten lag darin, daß nach dem „Vorwärts“ durch das Entstehen der Arbeitsgemeinschaft der Mitte sich die Parteigruppierung, auf die sich die Regierung stützt, geändert habe. Die sozialdemokratische Partei fühle, daß sich die Widerstände, die sich gegen die Einschränkung auf Regierungsgeschäfte geltend machen, ganz außerordentlich verschärft haben.

In Berlin verhandeln bereits der Kanzler und die Minister mit den Parteiführern, um die von der sozialdemokratischen Regierungspartei gemachte politische Krise wieder zu verleben. Die sozialdemokratische Presse spricht bereits davon, daß eine Entscheidung in kurzer Zeit bevorstehe, die vielleicht den Sturz des Kabinetts Dr. Brüning herbeiführt. Man vermutet dort auch, daß in unserer Außenpolitik der Einfluß der Deutschen Volkspartei stärker geworden sei, obwohl sie noch gar nicht zur Koalition gehört. Die treibende Kraft an dieser Krise scheint vom Reichswirtschaftsministerium auszugehen. Der sozial. Reichswirtschaftsminister Schmidt hat sich schon sehr scharf gegen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers wie gegen die Erhöhung der Getreidemlage ausgesprochen.

Daß diese Krisenmacherei nicht nur von wirtschaftspolitischen Zielen und Gründen beherrscht ist, geht aus dem Hinweis des „Vorwärts“ auf die Arbeitsgemeinschaft der Mitte hervor. Man fühlt sich bei den Vereinigten Sozialdemokraten gefährdet, man sieht, daß die Bäume ihrer verstärkten Macht nicht in den Himmel wachsen können. Die Krise ist also zweifellos auch auf parteipolitische und parteipolitische Erwägungen der Sozialdemokratie zurückzuführen. Da auch noch die Entscheidung der 3. Versammlung über die Präsidentenwahl aussteht, so kann es für die nächsten Tage in Berlin schon hochpolitisch zugehen. Der Reichstag wird deshalb gegen das ursprüngliche Arbeitsprogramm auch noch am Mittwoch beisammen bleiben.

Daß zu der außenpolitischen Krise, in die wir durch den französischen Kontrollplan, den zur Zeit die Reparationskommission berät, gekommen sind — es ist schließlich diktatorische Finanzkontrolle vorzuziehen — auch

noch eine Regierungskrise im Innern gemacht wird, weißt, daß man bei den Parteien des Reichstags noch immer nicht das nötige Verständnis für den furchtbaren Ernst der Lage hat. Es ist dabei allerdings zu bedenken, daß es nicht angeht, daß sich die Reichsregierung vom Strom wirtschaftlichen Ruins bloß treiben läßt, sie hat vorzubeugen, einzugreifen und sich entgegenzusetzen.

Wie die Berliner Krise über Nacht auftrug, so rasch ist sie auch in einer Sitzung des Reichstags vertagt worden. Der Sozialdemokratie war es trotz des scharfen Beschlusses, daß sie in ihrer Presse ausführte, nicht allzu ernst damit. Nachdem am Mittwoch die Regierungsparteien einschließlich der Deutschen und Bayerischen Volkspartei der Verlängerung der Amtsbauer des Reichspräsidenten bis 1925 gegen Deutschnationale und Kommunisten zustimmten, hatte die Sozialdemokratie eine Loyalitätserklärung in der Tasche und konnte sich als Regierungspartei den Seitenprung erlauben, gegen die Vorlage der Regierung bezüglich des Preises für das Umlagegetreide zu stimmen. Mit 236 gegen 160 sozialistische und kommunistische Stimmen fand der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Annahme, so daß für das erste Drittel des Umlagegetreides folgende Preise gelten: Roggen 28 300 Mk., Weizen 30 300, Gerste 27 000 Mk., Hafer 25 500 Mk. je die Tonne. Damit ist den wirtschaftlichen Belangen der Landwirtschaft Rechnung getragen, so daß erwartet werden darf, daß die Produktion in Brotfrucht nicht zurückgeht. Ein Gegenstand von weittragender Bedeutung ist damit aus der politischen Debatte gezogen. Die Konzeptionen auf der einen, haben die Krise auf der anderen Seite behoben. Bis 7. November hat sich der Reichstag vertagt. Das sind knapp 14 Tage. Bis zu seinem Wiederzusammentritt werden seiner andere Aufgaben warten. Trostend steht die Reparationskrise vor der Tür. Ob es dann noch Raum gibt, die verschobene innere Krise wieder ausleben zu lassen, wird die Zeit lehren. Das deutsche Volk mag vorerst beruhigt sein: Es hat nun einen definitiven Reichspräsidenten. Die Verunft hat über die politische Leidenschaft, von der weder Sozialdemokraten noch Deutschnationale ganz frei zu sprechen sind, gesiegt. Die hochpolitischen Vorgänge im Reichsparlament tun das jedem politisch Denkenden dar.

## „Ein ehrenwerter Mann.“

Die Regierungskommission des Saargebietes besteht bekanntlich aus 5 Mitgliedern, dessen eines der Saarbevölkerung entnommen werden muß. Ohne Betragung der Bevölkerung hat der Völkerverbund hierfür den Dr. Hector aus Saarlouis ernannt. Von Anfang an seiner Amtstätigkeit begegnete man Hector in der Bevölkerung mit größtem Mißtrauen, ist es doch derselbe Mann, der nach Ausweisung des damaligen Bürgermeisters von Saarlouis von der französischen Militärbehörde an seine Stelle gesetzt wurde, nachdem er vorher zahlreiche Beweise seiner französischen Sympathie gegeben hatte. Es ist derselbe Hector, der seinerzeit die Stadtverordneten von Saarlouis dazu bewegen wollte, unter dem Schutze französischer Bajonette die Erklärung zu beschließen, daß Saarlouis den Anschluss an Frankreich wünsche. Damals ist Dr. med. Hector einer „schlagenden“ Beweisführung über das gerade Gegenteil der Gesinnung der Saarlouiser Bevölkerung nur dadurch entgangen, daß er unter dem besonderen Schutze des französischen Ortskommandanten stand. Die seinerzeit bereits von Paris funkelneuen bereitgehaltenen blau-weiß-roten Fahnen konnten daher nicht aufgezogen werden und der geplante Empfang des französischen Generalissimus mußte unterbleiben. Saarlouis verdiente sich damals zum zweitenmal das Lob, das ihm vor langen Jahren bereits durch einen hohen Reichsbeamten gesendet wurde, als er von der „Stadt mit dem französischen Namen und dem deutschen Herzen“ sprach.

Der Ausgang dieser Aktion war Hector nicht gerade angenehm, er wollte sich aber mit der einen Niederlage nicht begnügen und tat an abriges. Gelegentlich der Vorkriegsverhandlungen beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis die Abfassung einer Denkschrift, in der durch Vermittlung der Friedenskonferenz der kommenden Regierungskommission nahegelegt werden sollte, sich für die wirtschaftlichen Interessen der Stadt Saarlouis zu interessieren. Die Denkschrift wurde in deutscher Sprache verfaßt und der Wortlaut von der Stadtverordnetenversammlung festgestellt. Wie sich erst jetzt herausgestellt hat, hat Hector in der Uebersetzung der Denkschrift ins Französische dieser eine Fassung gegeben, die aus den wirtschaftlichen Forderungen der Stadtver-

ordnetenversammlung eine Ergebniserklärung für Frankreich gestaltete.

Diese Ungeheuerlichkeit, die im normalen Rechtsleben den Hector unter die Anklage der Fälschung einer öffentlichen Urkunde gebracht hatte, hat die politischen Parteien des Saargebietes veranlaßt, sich mit einer Denkschrift an den Völkerverbund zu wenden, in der unter Vorlegung des Sachverhalts und unter Befestigung der betreffenden dokumentarischen Unterlagen um Abberufung des Dr. Hector als Mitglied der Saargebietes gebeten wurde. Die Denkschrift der politischen Parteien hat folgenden Wortlaut:

„Die politischen Parteien des Saargebietes und 26 von den 30 Mitgliedern des Landrats haben unter dem 24. Juli 1922 die Bitte an den Völkerverbund gerichtet, bei der bevorstehenden Erneuerung des Mandats des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission Herrn Dr. Hector nicht mehr mit diesem Amte zu betrauen. Sie haben gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, oder, falls hierzu die Zeit nicht ausreichen sollte, dasselbe auf Vorschlag des Landrats zu ernennen. In Ergänzung dieser Eingabe erlauben sie sich folgendes anzuführen:

Unter den vielen Gründen, die Herr Dr. Hector um das Vertrauen der Bevölkerung gebracht haben, ist einer, daß er in der Stadt Saarlouis eine ganze Reihe von Handlungen begangen hat, die ihn dort unendlich machen. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 1919 unter dem Vorhinein des Bürgermeisters Dr. Hector eine von ihm vorgelegte Denkschrift verlesen, gerichtet an die noch nicht bestehende Regierungskommission durch Vermittlung der Friedenskonferenz in Versailles. Diese Denkschrift wurde in französischer Uebersetzung an die französische Regierung weitergerichtet. Diese französische Denkschrift ist in jeder Hinsicht tendenziös abgefaßt. Die deutsche Denkschrift, wie sie von den Stadtverordneten gebilligt wurde, hatte den Zweck, unter den gegebenen neuen Verhältnissen, wie sie durch den Vertrag von Versailles nach seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar auch für das Saargebiet feststanden, für die Stadt Saarlouis die Erfüllung einer Reihe von wirtschaftlichen Wünschen zu erbitten, wie: Verlegung des Sitzes der Regierungskommission nach Saarlouis, Aufrechterhaltung von Saarlouis als Garnisonort, wenn überhaupt Militär im Saargebiet sein sollte usw. Diese rein wirtschaftlich gehaltene Schrift der Stadt Saarlouis macht die französische Uebersetzung durch Weglassungen und Hinzufügungen zu einer Erklärung, daß Saarlouis getreu seiner französischen Vergangenheit sei und daß es dem Adressaten, in diesem Falle also Frankreich, seine Treue und Loyalität versichert, daß es sich über die preussische Staatseisenbahnverwaltung beschwert, — kurzum, die Uebersetzung fälscht die deutsche Eingabe in eine Loyalitätserklärung für Frankreich. Auf diese Weise wurde ebenföhr die Bevölkerung des Saargebietes wie die französische Regierung getäuscht. Ersterer legte man ein harmloses Schriftstück vor, das allerhand Wünsche in wirtschaftlicher Hinsicht aussprach, während die französische Uebersetzung eine politische Ergebniserklärung war, die die Stadtverordneten niemals gebilligt haben würden. Der französischen Regierung aber übergab man eine Ergebniserklärung, die mit dem wirklichen Geiste der Bevölkerung nichts zu tun hatte.“

Das Bekanntwerden dieser Fälschungen hat im Saargebiet eine ungeheure Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Man begreift es nicht, daß ein Mann mit derartig zweifelhafter Gesinnung und bedenklicher Handlungsweise einen Posten bekleiden kann, der das restlose Vertrauen der von ihm vertretenen Bevölkerung erfordert. In der Saar-Presse wurde Hector auf das schärfste angegriffen. So rief ihm die „Saarbrücker Zeitung“: „Hector möge seine Sachen packen und das Saargebiet im Eiltempo und für immer verlassen. Für die Bevölkerung des Saargebietes wie für das deutsche Volk ist er erledigt. Ob er vielleicht nun noch in Frankreich irgendwo ein Dankstuhl findet, das zu erwägen, ist nicht unsere Sache. Vielleicht heißt es auch: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan... Mag dieses Mitglied der Regierungskommission auch gleich seine Kreaturen in der Landwirtschaftskammer mitnehmen und ihnen sonstwo gute Posten besorgen. Dr. Hector hat schmachvollen Landesverrat verübt durch einen gemeinen Betrug.“

Die sozialdemokratische „Vollstimme“ bemerkte: „Wir erkennen ihn, der in Saarlouis durch die Umlageung einer wirtschaftlichen Denkschrift in eine französische Ergebniserklärung das Vertrauen der dortigen Einwohnerchaft schwer mißbraucht hat, dessen Sündenliste außerdem ein sehr langes Reaktier von Handlungen aufweist, die von der Bevölkerung des Saar-

gebietet keineswegs geilligt werden, nicht als Vertreter des deutschen Saarvolkes an! Denn Dr. Hector das im Leibe hat, was man bei gewöhnlichen Menschen Charakter zu nennen pflegt, so muß er selbst Schritte unternehmen, die geeignet sind, ihn von der Bürde eines „Ministers“ der Regierungskommission für das Saargebiet zu befreien.

Was aber sagte der Völkerbundsrat, der sich mit der Frage der Verlängerung des Mandats dieses Mannes zu befassen hatte? Er bestätigte ihn auf ein weiteres Jahr und ließ ihm für seine geleisteten Dienste den Dank aussprechen. „Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann.“ Wahrlich, es ist schwer, hierzu eine Satire zu schreiben. Gewiß, Hector hat große Vorbilder. So ist es jetzt langsam in aller Welt bekannt geworden, daß das Schicksal des Saargebietes durch eine Fälschung entschieden wurde, die der französische Vertreter in der Friedenskonferenz, Clemenceau, beging, indem er behauptete, an der Saar wünschten 150 000 Saarfranzosen den Anschluß des Saargebietes an Frankreich. Clemenceau wußte, daß diese Behauptung eine Lüge war, genau so wie Hector damals, als er die französische Uebersetzung anfertigte und sie der französischen Regierung überfandte, wußte, daß diese Uebersetzung mit Vorbedacht nicht nur eine andere Fassung, sondern auch einen anderen Inhalt erhalten hatte. Es handelt sich um eine gemeine Fälschung mit der er politische Absichten verband.

Die dem Völkerbund von den politischen Parteien überreichte Denkschrift mit der Gegenüberstellung der fraglichen Denkschriftabschnitte hätten die Mitglieder bei gewissenhafter Prüfung zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß es sich hier um einen Fall handelt, der strengste Ahndung verlangte. Der Völkerbundsrat hat scheinbar diese Prüfung nicht vorgenommen, sich vielmehr auf die Einflüsterungen der französischen Delegierten verlassen, die ihnen sagten: „Hector ist ein ehrenwerter Mann.“

Und er ist es, denn er sagt es selbst. In einer Zuschrift an die Saarbrücker Presse, in der er sich auf den Paragraph 11 des deutschen (1) Preßgesetzes beruft, verlangt er die Aufnahme einer „Berichtigung“, in der er erklärt, sich die Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes dem Völkerbundsrat vorbehalten und eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit anhängig zu machen. Er behauptet weiter, daß der französische Text die allgemeine Billigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden habe. Er sagte auch, daß die Saarcommission der Friedenskonferenz in Paris, der die fragliche Eingabe zur Weiterleitung an den Völkerbundsrat übermittelt wurde, diese Eingabe für zu lang gefunden habe. Es sei dann eine zweite Eingabe eingereicht worden. Hector bestreitet, daß die Denkschrift an die französische Regierung gerichtet worden sei, weshalb die Schlussfolgerungen unzutreffend wären.

Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates kann das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrem Schützing Hector nicht herbeigeführt werden. Für sie bleibt bestehen, was die „Saarbrücker Zeitung“ ihm geraten hat, nämlich schleunigst seine Sachen zu packen und im Eiltempo das Saargebiet zu verlassen. Die Hoffnung, daß Hector inzwischen selbst erkannt haben könnte, daß es unmöglich sei, seinen Posten zu behalten und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ist bei der Geistesverfassung und Charakterbildung und Bestimmungstüchtigkeit Hectors nicht zu erwarten. Es ist ja auch gar zu angenehm, im Jahre 100 000 Franken Gehalt und verschiedene tausend Franken Repräsentations-, Reise- und andere Ausgaben zu erhalten, die nach dem heutigen Markkurs einen Verkehrswert von verschiedenen Millionen im Jahr ausmachen. Was das Volk hungern und über ihn mißgestimmt sein, er hat einen großen Bestimmungsgenossen zur Seite und außerdem steht er im Schutze des Völkerbundes und der großen französischen Nation.

„Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann!“

## Neues vom Tage.

### Neue Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 24. Okt. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 28. Mai an die Reparationskommission sich bereit erklärt, in Ergänzung des Kapitalfluchtgesetzes Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht zu treffen. Ueber die Grundzüge des Gesetzesentwurfes wird mitgeteilt:

Unter Verbeibehaltung der schon bestehenden Vorschriften soll zukünftig grundsätzlich die Ausfuhr von Kapital von der vorherigen Genehmigung der zuständigen Finanzämter abhängig sein. Nach Paragraph 1 des Entwurfes werden Aufträge, wie sie in Par. 2 Abs. 1 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht näher bezeichnet sind, nur dann ausgeführt, wenn die einzureichende Erklärung des Auftraggebers mit dem Genehmigungsvermerk des zuständigen Finanzamtes versehen ist. Ausgenommen von diesem Genehmigungszwang sind Aufträge von Personen oder Personenvereinigungen, wenn die zuständige Handelskammer eine Bescheinigung darüber ausgestellt hat, daß ihr Gewerbebetrieb Zahlungen nach dem Ausland notwendig macht. Die Bescheinigungen sind entsprechend dem Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 vorgef. Darüber hinaus soll die oberste Landesbehörde die Einziehung der Bescheinigung anordnen, wenn ein Mißbrauch der Bescheinigung bewiesen ist. Zuwiderhandlungen gegen den Par. 1 des Entwurfes werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, Geldstrafen bis zu 3 Millionen M. und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie mit der Einziehung des Vermögenswertes der strafbaren Handlung bestraft werden. Inhaber und Bevollmächtigte von Bankgeschäften, die geschwindige Transaktionen vornehmen, werden mit Geldstrafen bis zu 100 000 M. bestraft. Die Finanzverwaltung ist sich vollkommen bewußt, daß unterschieden werden muß zwischen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, Auslandsguthaben im Ausland zu erhalten und zwischen der Absicht der Steuerhinterziehung. Sie geht bei ihrem Entwurf von dem Grundsatz aus, daß alle volkswirtschaftlichen Transaktionen von eingehenden Maßnahmen verschont bleiben müssen, daß aber überall dort eingeschritten werden muß, wo Kapitalflucht besteht, d. h. wo die Absicht besteht, den Gegenwert der auszuführenden Waren der deutschen Volkswirtschaft zu entziehen.

### Die neue Kohlenforderung.

Berlin, 24. Okt. Die Verbündeten haben von Deutschland eine Erhöhung der monatlich zu liefernden Pflichtkohlenmenge um rund 300 000 Tonnen auf 1 950 000 Tonnen verlangt, obwohl in den früheren Verhandlungen wiederholt nachgewiesen worden war, daß der dringendste deutsche Bedarf gerade wegen der Abgabe von Pflichtkohle nicht befriedigt werden kann. Die Reichsregierung hat auf die neuen Forderungen bereits eine Antwort erteilt, in der sie darlegte, daß die Erhöhung des Lieferungsfolles unmöglich ist.

Erhöhung der Entschädigung für Auslandsdeutsche. Berlin, 24. Okt. Der Ausschuss für Verdrängungsschäden nahm eine Entschließung an, in der die Entschädigungssumme aus dem Verdrängungsschädengesetz und aus dem Auslands- und Kolonialschädengesetz erhöht werden soll. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, daß ein Unterausschuss ein Initiativgesetz ausarbeiten und dem Reichstag vorlegen soll.

### Zur Orientkonferenz.

Mailand, 24. Okt. In den Verhandlungen zwischen den Ministerien der Entente soll die Formel gefunden worden sein, welche der russischen Regierung gestattet, einen russischen Delegierten an die bevorstehende Orientkonferenz zu entsenden. Die alliierten Mächte haben der Ansicht zugestimmt, daß die Orientfrage ohne die Teilnahme Rußlands nicht geregelt werden kann.

### 500 Prozent Wohnungsbauabgabe.

Berlin, 24. Okt. Der Wohnungsausschuss im Reichstag setzte die Beratung über die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe fort. Zunächst nahm der Ausschuss die Anträge des Unterausschusses zwecks Verbilligung der Baukosten an und beschloß sodann, dafür einzutreten, daß für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die jährliche Bauperiode eine Wohnungsabgabe von 500 Prozent der Friedensmiete erhoben werde.

### Der sizilianische Vormarsch auf Rom.

Rom, 24. Okt. Die ersten Truppen mit italienischen Fasziisten zu der großen Demonstrationstagung in Neapel haben Rom passiert, ohne daß dabei Zwischenfälle vorkamen. In Neapel hat die italienische Regierung ein größeres Truppenkontingent unter General Diaz bereitgestellt, um eventuelle Unruhen unterdrücken zu können.

### Griechenlands Unterwerfung.

Athen, 24. Okt. Eine große Volksversammlung bestätigte am Sonntag die Erregungsschriften der Revolution und die Abdankung König Konstantin. In einer von dem Revolutionskomitee genehmigten Tagesordnung wurde festgestellt, daß das griechische Volk sich endgültig der Politik der Alliierten anschließen werde.

London, 24. Okt. Englischen Blättermeldungen zufolge soll die Nationalversammlung von Angora beschlossen haben der Orient-Friedenskonferenz die Uebertragung der ottomanischen öffentlichen Schuld auf Griechenland vorzuschlagen. Die Zahlungsmodalitäten seien von den Griechen festzusetzen. In diesem Fall würde die Türkei darauf verzichten, von Griechenland eine weitere Entschädigung zu verlangen.

### Deutscher Reichstag.

Die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten. — Der erhöhte Umlage-Getreidepreis genehmigt.

Berlin, 24. Okt. Am Montagabend erledigte der Reichstag noch das Versicherungs- (Angelegtenversicherung) in zweiter Lesung, wobei ein Antrag auf Einführung einer oberen Gehaltsgrenze gegen die Sozialdemokraten angenommen. Ein soz. Antrag abgelehnt wurde, der den Arbeitgebern zwei Drittel der Beiträge auferlegen wollte. Das Lohnpfändungsgesetz wurde gleichfalls in 2. Lesung (Pfändungsgrenze bei 120 000 M.) angenommen, später auch in 3. Lesung.

Dann kam man noch zur Getreideumlage, deren Preis für Roggen auf 28 300, für Weizen 30 300, Gerste 27 000 und Haber 25 600 M., je die Tonne festgesetzt wurde. Das 2. und 3. Drittel soll in vier Raten geliefert werden. Diese Ausschussanträge fanden in 2. Lesung gegen die Sozialdemokraten, die restlose Erfassung der Nahrungsmittel forderten, und Kommunisten, die eine Umlage von 4½ Millionen Tonne forderten, Annahme.

Am Dienstag standen auf der Tagesordnung zunächst drei Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) wird bestätigt, daß der Eisenbahnassistent Becker in Bingen die französische Staatsangehörigkeit erworben hat, um sich einer Strafverfolgung durch deutsche Behörden zu entziehen. Wegen Becker wird disziplinarisch vorgegangen. Auf eine weitere Anfrage des Abg. Kahl wird entgegnet, daß eine Denkschrift über die Ausbreitungen der Besatzungstruppen in allernächster Zeit dem Reichstag zugehen wird.

Auf eine Beschwerde des Abg. Siebel (Soz.) wegen der Störung in der Kartoffelversorgung wird festgestellt, daß in der Zeit vom 1. Oktober bis 18. Oktober 26 Millionen Zentner Kartoffeln befördert worden sind, gegenüber 17 Millionen Zentner im Vorjahr. An dritter Lesung angenommen wird der Antrag

### Besetzung

Zu lehren glaubt' ich oft, was ich an mir erfahre,  
Sah dann: ich unterschrieb ein altes Sprichwort nur;  
Das eben ist die Art des Sprichworts. Wir gewahren  
Erst seinen Sinn, wenn wir es selbst erfahren.

Adert.

## Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(59)

(Nachdruck verboten.)

Welch ein grober Mensch! Fräulein Blanke war empört, aber sie machte gute Miene. Sie begann eine Unterhaltung mit Reda; sie erzählte, daß sie zur Erholung einen kleinen Ausflug in die Gifel unternommen und zum Säug — hierbei schlug sie die Augen nieder — einen jungen Freund mitgenommen habe. „Ah, Sie kennen sich noch nicht?! Kandidat Heinrich Sufemichl, so Gott will, bald Prediger — Fräulein Reda Dollmer aus Koblenz!“ Der junge blonde Mensch verbeugte sich links und sah Reda schüchtern an.

Fräulein Aurora fuhr klagend fort: „Wer hätte dieses Wetter geahnt, als wir heute von Daun zur Besteigung des Rosenlopfes auswanderten! Rein, daß unser letzter Reisetag so enden muß! Lieber Heinrich, kommen Sie herher, Sie können auch noch auf der Bank sitzen.“ Sie freizügig laut auf: „Der Blü!“

Tagedeßel war alles erleuchtet, in der Öffnung der Tür erschienen Hundsrück und Fieselberge auf einmal in blendendem Glanz, aber nur für kurze Augenblicke. Recht schwarze Nacht und rollende Donnerschläge, neue Blitze und wolkenschöner Regen.

Aurora Blanke kam nicht aus dem Entsetzen heraus; bei jedem Bliz freizügig sie auf und unklammerte krampfhaft den Arm ihres Beschützers. Der Blonde schien genickt.

„Heinrich, lieber Heinrich — ha — huh —!“ In sanfter Aufregung ließ sie seinen Arm fahren und hielt sich die Augen zu. Ein Donner krachte, der den Berg in seinen Grundfelsen erschütterte.

Sie wartet sich ihm mit einem Entsetzensschrei an die Brust.

Er stand da wie ein Steinbild, die langen Arme hingen ihm am Leib herunter.

Ein furchtbares Wetter.

Auch Reda war bleich geworden, aber sie verhielt sich ruhig; neben ihr stand Hommes, seine Hand glitt verstocken an den Fingern ihres Kleides herunter. Nun hatte er ihre kalten Finger gefunden, nun hielt er sie fest. Das Dach bot nicht länger Widerstand, der Regen lief von allen Seiten herein; Hommes hielt den Schirm über Reda, jetzt zog er sich mit ihr in die geschützte Ecke zurück. In der anderen laurten Fräulein Aurora und der blonde junge Mann. Bis jetzt hatte der noch kein Wort von sich gegeben, nun sagte er plötzlich, nach Luft schnappend: „Ich muß nach dem Wetter sehen!“ machte sich los und schritt der Tür zu.

„Rein — Heinrich!“ Ein schreckliches Rollen dröhnte. Heinrich, bleiden sie!“ Mit gellendem Aufschrei stürzte sie ihm nach — sie wollte — sie sank ihm in die Arme.

Er machte Miene, sie auf die Bank niederzuleiten zu lassen.

Sie hielt ihn krampfhaft fest.

Verstört setzte er sich neben sie nieder. Der Regen floß ihm aufs Haupt, er senkte es tief — wolkte das Gewitter denn nie enden?

Nach zwei Stunden wagten sie den Abstieg. Der Himmel hatte sich geklärt, der Regen aufgehört. Fräulein Aurora glitschte den Berg hinunter, mit einer Hand sich an den lieben Heinrich klammern, mit der andern Hommes am Rockschloß fassend. Das Kleid hing schlaff um ihren mageren Leib, der Kopf war verrutscht, aus den glatten Scheiteln hatten sich Haarsträhnen losgemacht und wehten ums Gesicht. Aber sie war guter Laune. „Welches Erlebnis, mein lieber Heinrich! Ja, solche Erlebnisse verbinden — nicht wahr, lieber Heinrich!“

Reda konnte das „lieber Heinrich“ nicht mehr mit anhören; der blonde Mensch tat ihr in der Seele leid, er sah so angstvoll drein. Sie eilte voran. In ihr tobte ein wilder Aufruhr. Was hatte Hommes gestöhrt unter dem Schirm in der dunklen Ecke? Sie spürte seine heißen Lippen auf ihrem Nacken. Die lagen da, als wollten sie sich festsaugen. „Heinrich, lieber Heinrich!“ Der blonde Jüngling hielt Heinrich, wie Hommes auch — ob sie sie zu dem

auch „never pennit“ sagen könnte? Sie ärmte heftig und rannie tollkühn bergab, beide Hände auf das klopfende Herz drückend, das Blut flieg ihr in den Adern auf und nieder. „Morgen, morgen“, hatte er geflüstert, in aller Früh am Tempelchen, ja? Fräulein Reda, Sie sind netter als alle Mädchen in der Welt!“ Und dabei hatte seine Hand ihre Taille umspannt und an der herumgefangert. Und sie? Sie hatte einen Blick getan nach dem Paar drüben in der Ecke — selbst die Blanke, die alte Jungfer mit den herben Grundfäden, fühlte sich hingezogen zu einem andern Wesen! Reda lachte heute nicht darüber; sie fachte, als sie lief, trat achlos in das aufgeweichte Erdreich. Das Unwetter hatte tiefe Rinnen in den Weg gerissen und mit braunem, schäumendem Wasser gefüllt, sie sprang hinüber, — zu kurz, das schmutzige Ras spritzte um sie her.

Nun war sie unten am Berg. Vor ihren Augen tanzten Funken, die Anie bebten ihr — nicht vom schnellen Lauf — es fuhr etwas in ihr auf und nieder und rüttelte sie durch und durch. Eine wilde Lust überkam sie. Sie hätte hinaus-schreien mögen in die regendurchschuete Welt, über die jetzt eine versöhnende Abendsonne niederglänzte und grüngolden in jedem Tropfen spiegelte. Sie war nicht Herr ihrer Sinne. Sie stand still und presste beide Hände an ihre hämmernden Schläfen, dann fuhr sie sich nach dem Nacken und wuschte darüber hin. Da hatten seine Lippen gelegen — sie fühlte noch den brennenden Druck — es ließ ihr von dort den Hinterkopf heraus wie ein magnetischer Strom, setzte sich oben auf dem Scheitel fest und spreizte Strahlen nach allen Seiten. Sie konnte nichts andres fühlen. Wie durch einen Nebel sah sie die drei auf sich zukommen.

Sobald Fräulein Blanke festen Boden, das heißt die Wanderscheider Landstraße unter sich fühlte, wurde sie ganz Würde. Der liebe Heinrich durfte den zeretzten Schirm tragen; sie selbst schritt dabei, ließ wie ein Fahl, unter dem ungestalteten Gut mißbilligende Blicke auf Reda schiefend. „Es muß mich doch sehr wundern“, sagte sie lächelnd, „daß Sie so ohne Begleitung“ — mit einem verächtlichen Lippenkräusen sah sie an Hommes vorbei — „hier herumstreifen!“ Heutzutage sind die jungen Mädchen merkwürdig emanzipiert.“ Sie legte den Kopf auf die Seite und lächelte. „Nicht wahr, lieber Heinrich?“

Der Angeredete schreckte zusammen. „Gewiß — o ja“, flötete er.

Fortsetzung folgt.

Dr. Stresemann (V. Sp.) auf Verlängerung der Zuteilungsfrist der diesjährigen Weine bis 31. März 1923. Zur dritten Lesung stand dann der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925. Die Deutschnationalen hatten wieder ihren Antrag eingebracht, die Wahl am 3. Dezember stattfinden zu lassen. Für den Fall der Annahme der Amtsverlängerung verlangten sie die Aussetzung des Antrittstermins dieses Gesetzes um 3 Monate. Die namentlichen Abstimmungen wurden auf eine spätere Stunde vertagt, ebenso die Schlussabstimmung über die Vertriebsumlage. Als man sich der dritten Beratung des Vertriebsgesetzes für Anwesende zuwenden wollte, erbat man, daß die dafür verantwortlichen Regierungsvertreter noch nicht anwesend waren und man machte eine Pause, um die Ankunft der Herren abzuwarten.

In der neuen Sitzung wurde das Vertriebsgesetz mit geringfügigen Änderungen in 3. Lesung verabschiedet.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten wurde gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen. Dafür stimmten 314 Abgeordnete, dagegen 76. Die Präsidentenwahlen werden durch das Reichstagspräsidenten dem Reichspräsidenten ungesäumt davon Mitteilung machen, daß der Reichstag ihn ersucht, sein Amt als erster Präsident der deutschen Republik nach Beendigung des Provisoriums bis 30. Juni 1925 weiterzuführen. Der Deutschnationale Eventualantrag, die Wirkung dieses Gesetzes auf 3 Monate auszuweichen, wurde mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Das Haus wandte sich dann der Getreideumlage zu. Der Gesetzentwurf wurde mit 236 gegen 160 Stimm. nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen.

Nach einmal gab es ein stürmisches Durcheinander, weil Herr Ledebour durchaus die Sitzung auf eine Stunde vertagen und den Reichskanzler herbeizitiere wollte. Dieser sollte Auskunft geben, auf wen er schließlich seine Politik stützen wolle, nachdem die Sozialdemokraten in der Getreidefrage gegen ihn gestimmt hatten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Reichstag hatte damit sein Tageswerk verrichtet. Er vertagte sich bis zum 7. November und überließ dem Reichspräsidenten die Festsetzung der Tagesordnung. Die Reichsboten strömten zu den Bahnhöfen, frohgemut, wieder einmal glücklich einer Krise entgangen zu sein.

## Aus Stadt und Land.

Altenstein, 25. Oktober 1922.

**— Von der Weinbauvereinsauskunft Weinsberg.** Mit Wirkung vom 1. Nov. ab ist der Preis für eine Flasche Weinbese einschließlich Verpackung auf 150 M. bei Abgabe an Reichsweinsberg auf mindestens 200 M. erhöht worden, wozu noch Porto und Nachnahmegebühr kommen. Für die Begutachtung von Weinen aller Art und die Beratung in Kellerfragen wird eine Gebühr von mindestens 60 M. erhoben.

**— Aufhebung der Ursprungszeugnisse für Handelsvieh.** Vom Ministerium des Innern ist die am 11. Februar 1922 erlassene Verfügung über die Beibringung von Ursprungszeugnissen für Handelsvieh mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

**\* Frost.** Die letzte Nacht brachte einen starken Frost. Es wird höchste Zeit zum Vergraben der Feldfrüchte und des Obstes, wenn dies nicht zu spät sein soll.

**Freie Glaserinnung Nagold, Calw und Herrenberg.** Am Sonntag, den 15. Okt. hatte die Innung eine Versammlung in Altensteig. Nach Feststellung der Anwesenheit eröffnete der Obermeister mit einer kurzen Ansprache die Versammlung, in welcher besonders betont wurde, daß die Glaserinnung sich einander in den heutigen schlechten Verhältnissen zu beraten und auszuhalten; es soll ja keiner denken, daß er den andern durch Vordrängen zusammendrücken kann, denn wer seinen Kollegen mit solcher Liebe entgegenkommt, gräßt sich seine Grabe. Nicht genug kann gewarnt werden vor Abgabe bindender Preise; heute werden Preise festgesetzt, morgen ist alles teurer. Das zu verarbeitende Material muß mindestens wieder ersetzt werden können, wenn nicht, ist das betr. Handwerk dem Untergang preisgegeben. Der Verlauf der Versammlung war ziemlich lebhaft, bereits jeder Redner hatte durch die gewaltigen Materialaufschläge Überwärtigkeiten mit Kasstraggebern, weil die Preise bei Fertigstellung der Arbeit höher wurden, als beim Auftrag angenommen worden ist. Wir können doch die Preise nicht halten, wenn die Lieferanten unterwegs aufschlagern. In keinem Handwerk hat das Material so gewaltige Aufschläge zu verzeichnen, wie spez. beim Glaser. Nach den neuesten Glaserpreisen ist der Mindestpreis einer Reparaturdecke 80 + 30 = 6000 bis 2400 = 220,50. Zum Schluss wurde noch über Festsetzung einer Strafe bei Nichterscheinung verhandelt; es wurde von verschiedenen Seiten beantragt, denjenigen Kollegen, welche ohne Entschuldigung fehlen, keine Preisliste zuzustellen. In der Hoffnung, daß doch die Preisfestsetzung ein Ende nehmen möchte, wurde die Versammlung beendet.

**\* Nagold, 24. Okt. (Die Motorfuhrerlöschspritze.)** Der Firma Benz, Sagenau, verlangt für die nun fertiggestellte, kleineren zu 340 000 M. fest gekauft, heute zu verschiedenen Millionen gewerterte Automotorfuhrerlöschspritze infolge der raschen wirtschaftlichen Entwicklung im laufenden Jahr einen Gesamtpreis von 1 060 000 M. Vertreter der Benzwerke waren letzten Samstag in Calw und verständigten sich wegen der dort. Fuhrerlöschspritze mit dem Bezirksrat Calw. Eine geminderliche Kommission von hier nahm anschließend die Verhandlungen mit den Benzwerken ebenfalls auf und einigte sich schließlich auf einen Kaufpreis von 815 000 M. Der Gemeinderat stimmte dem Vergleich zu, nicht zuletzt in der Voraussetzung, daß die Gebäudebrandversicherungskasse und die Amtskörperschaft ihre Beiträge wesentlich erhöhen werden. Die Spritze soll heute Dienstag Nachmittag in Nagold eintraffen.

**\* Calw, 24. Okt. (Motorfuhrerlöschspritze.)** Heute Nachmittag wird die für den Bezirk angekauft Motorfuhrerlöschspritze hierher gebracht und es zeitlich auf dem Marktplatz zur Beschäftigung aufgestellt werden. Die Spritze wurde am 30. Nov. 1921 zum Preise von 345 000 M. — lieferbar 1. Juni 1922 bestellt. Von diesem Betrag hat die Zentralfeuerlöschkasse Stuttgart die Hälfte übernommen. Durch den Metzlarbeiterstreik verzögerte sich die Fertigstellung, so daß der Preis infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen Erhöhung von der Fabrik nicht eingehalten werden konnte und auf 1 110 000 M. erhöht wurde. Durch geschickte eingeleitete

Verhandlungen gelang es, den Preis auf 850 000 M. — zu reduzieren. Welchen Wert die Spritze heute darstellt, ist daraus zu entnehmen, daß dieselbe bereits nach Schweden hätte verkauft werden können um die runde Summe von 18 Millionen und der heutige Inlandspreis 8 Millionen ist.

**\* Freudenstadt, 24. Okt. (Vortrag über die Schlacht bei Tannenberg.)** General v. Francois, der Führer des ersten Armeekorps in der Schlacht von Tannenberg, sprach gestern Abend im dicht besetzten Dreikönigsaal über die Schlacht bei Tannenberg und fand mit seinen interessantesten Ausführungen lebhaften Beifall.

**\* Schramberg, 24. Okt. (Wieder sehend.)** Dem Fabrikarbeiter Gustav Volmer, der wegen plötzlichem Verlust der Sehkraft in die Tübinger Augenklinik verbracht worden war, konnte dort durch Behandlung mit Elektrizität des Augenlicht wieder gegeben werden.

**Stuttgart, 24. Okt. (Erntehilfe für die Landwirtschaft.)** Die Studentenhilfe in Tübingen hat im Benehmen mit der Landwirtschaftskammer sich bereit erklärt, sofort Studenten zu den Erntegeschäften gegen Erlass des Fahrgelds und freier Station zur Verfügung zu stellen. Wenn eine große Zahl angefordert wird, ist das Rektorat und Kultusministerium bereit, den Beginn der Vorlesungen entsprechend zu verschieben. Die Landwirte, die Arbeitskräfte benötigen, werden ersucht, sich umgehend telefonisch an die Studentenhilfe Tübingen (Tel. 153) zu wenden.

**Tagung.** In Anwesenheit von über 100 Vertretern hielt der Landesverband der Ziegenzüchtervereine Württembergs vor kurzem hier seine 14. Mitgliederversammlung. In einem Vortrag betonte der Verbandsvorsitzende Dr. Honcker-Freudenstadt, daß sich das württ. Hochhaltungsgesetz von 1912 im allgemeinen bewährt habe, daß aber vielen Hochhaltungen im Lande manche Mängel anhaften. Der Verbandsbeitrag wurde auf 10 Mark pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Den Preis des Landesverbands für musterhafte Ziegenhaltung erhielten mit je 200 Mark Bergeld und einer Ehrenurkunde der Bezirksziegenzüchterverband Leonberg und der Bezirksziegenzüchterverein Spächingen.

**Herabsetzung der Getreideumlage.** Die Forderungen der württembergischen Landwirtschaft auf Herabsetzung des Getreideumlagebetrags für Württemberg werden jetzt vom Reichsernährungsminister geprüft. Ein endgültiger Bescheid wird in kurzer Zeit gegeben werden. Das Reichsernährungsministerium hat dem württ. Ernährungsministerium eine Mitteilung diesen Sinns zukommen lassen.

**Kartoffelpreise.** Die Kommission für die Marktpreisfestsetzung für Speisekartoffeln, die am Montag unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Trübinger tagte, gab als mittleren Marktpreis für gelbfleischige Speisekartoffeln 370 M., für weiße Speisekartoffeln 350 M., für rote und blaue 330 M. an. Richtpreise setzt die Kommission überhaupt nicht fest und Mittelpreise sind nicht als Höchstpreise anzusehen. Es wäre also ein Fehler, wollte bei begründeter Forderung oder Zahlung höherer Kartoffelpreise von ungerechtfertigter Preissteigerung oder gar Wucher gesprochen werden. Die Veröffentlichung von Richtpreisen im Sinn der Preissteigerungsordnung, wie sie auf Grund der Beschlüsse der Preisfestsetzungskommission z. B. durch das Oberamt Hoch erfolgte, entbehrt jeder Rechtsgrundlage.

**Sparfamer Papierverbrauch in der Schule.** In einem Erlass des Evang. und Kath. Oberschulrats wird zum sparsamen Papierverbrauch in der Schule gemahnt. Brauchbare Schulbücher sollen nicht unbenehmt liegen bleiben; die austretenden und in eine höhere Klasse aufsteigenden Schüler sind regelmäßig aufzufordern, Bücher, die ihnen entbehrlich werden, an jüngere Schüler abzugeben oder zu verkaufen. Die Schreibhefte werden bis zur letzten Seite beschreiben, beim Klassen- oder Schuljahrwechsel also nicht mit leeren Blättern beiseite gelegt. Schreibhefte, die im Lehrplan nicht ausdrücklich gefordert sind, z. B. Hausarbeitenhefte und dergl., dürfen bis auf weiteres nicht eingeführt werden. Dagegen ist es angeordnet, die Kinder anzuhalten und anzuleiten, nicht ganz ausgenütztes Papier zu sammeln, wenn es sich dazu eignet, auch zusammenzufestsetzen und für sich zu aufschreiben, Zeichnungen, Aufsatzentwürfen nutzbar zu machen. Im ersten Schulfahr wird bis auf weiteres kein Heft benötigt; im 7. und 8. Schulfahr werden besondere Schönschreibhefte nicht mehr angeschafft. Auch in den übrigen Schulfahren ist die Tafel für das Schönschreiben auszuwerten. Auf Rechenhefte wird vorläufig verzichtet; dagegen ist ein Heft für die Raumlehre unentbehrlich. Die Zeichenblätter sind auf beiden Seiten zu benutzen und dadurch weiter auszunutzen, daß, wo es angeht, mehrere Zeichnungen in kleinerem Maßstab auf derselben Seite ausgeführt werden.

**Verkehrsstörungen.** Auf dem neuen Hauptbahnhof stellten sich die ersten Verkehrsstörungen ein. Verschiedene Züge konnten nicht einfahren und mußten in sog. Wartegruppen längere Zeit liegen bleiben. Nach Einwirkung des Personals hofft man der Schwierigkeiten rasch Herr zu werden.

**Wagengestellung.** Die Wagenknappheit an gedeckten und offenen Güterwagen hat sich wegen des Herbstverkehrs noch verschärft. Die Tarifierhöhung am 16. Oktober brachte erneut eine erhebliche Verkehrsanhäufung. Der Bestand von Kartoffeln, Kraut, neuem Wein, Hopfen usw. ist stark gestiegen. Den Wagenanforderungen hierfür konnte bis jetzt durch Kürzung des übrigen Bedarfs ohne größerer Rücksände entsprochen werden. Der Höhepunkt des Obstverkehrs ist überschritten; die Wagenbestellungen hierfür sind fast zurückgegangen. Die Anlieferung von Zuderräten hat sich verstärkt. Die Nachfrage nach Wausoffen aller Art ist wegen des herannahenden Winters stark geworden. Eine Entlastung der Dienste

besorgung würde es bedeuten, wenn alle beteiligten Kreise auf die möglichst rasche Be- und Entladung aller Wagen hinarbeiten und die angebotenen Ersatzwagen benutzen würden.

Die Not der Zeit. Aus Mangel an ideeller und materieller Unterstützung sieht sich der nunmehr seit 35 Jahren bestehende Verein der Stuttgarter Knaben- und Mädchenhorte genötigt, vom 1. Dezember ab seine Tätigkeit einzustellen. Das noch vorhandene Vereinsvermögen wird dem städt. Jugendamt überwiesen. Der Verein hat namentlich während der Kriegszeit segensreiche Arbeit geleistet und in 39 Orten tausende von Knaben und Mädchen, denen häusliches Familienleben abging, betreut.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.** Der Reichsrat hat die Gewährung eines Ruhegehalts für den Reichspräsidenten beschlossen, und zwar im ersten Jahr nach seinem Ausscheiden, im sogenannten Uebergangsjahr, drei Viertel seiner Bezüge mit Ausnahme der Repräsentationsgelder, weiterhin die Hälfte der Bezüge. Die Bezüge der Hinterbliebenen werden nach dem Beamtenhinterbliebenengesetz geregelt.

**Graf Jech Gesandter in Helsingfors.** Der bisherige Gesandte in München, Graf Jech, ist zum deutschen Gesandten in Helsingfors ausgeschieden worden. Der bisherige Gesandte in Helsingfors, Götterp, wird im inneren Dienst im Auswärtigen Amt Verwendung finden.

**Großer Bilderdiebstahl.** Einem amerikanischen Antiquitäten- und Bilderhändler, der kostbare Bilder, Antiquitäten, Schmuckgegenstände usw. in Deutschland aufgekauft hatte, wurden aus seinem Hotelzimmer in Berlin, das er für kurze Zeit verlassen hatte, 12 der wertvollsten Bilder, meist Werke von Meistern aus dem 16. und 17. Jahrhundert, gestohlen, die einen Wert von über 30 Millionen M. haben.

**Eine Bauernschlacht in Niederursel.** Als Buerpolizei vor Niederursel bei Frankfurt Leuten, die dort Milch gehamstert hatten, dieselbe abnahm und darauf bei den Bauern, die die Milch verkauft hatten, eine Revision vornehmen wollte, sammelten sich diese und gingen mit Dreiflügel und Mistgabeln gegen die Beamten vor. Diese riefen telephonisch Verstärkung durch die grüne Polizei herbei. Es kam zu Schießereien, doch mußten sich die Bauern bald zurückziehen. 12 Rädelsführer wurden verhaftet und nach Frankfurt ins Polizeigefängnis verbracht. Der Vorfall hatte eine riesige Ansammlung veranlaßt, die von der Polizei zerstreut wurde.

**Russischer Handelsvertrag.** Durch Dekret Lenins ist der Vertrag zwischen dem Strauß-Wolff-Konzern, dem u. a. Rhönig und Rheinstahl angehören, und der Sowjetregierung nunmehr ratifiziert worden. Nach diesem Vertrag wird von dem Konsortium Strauß-Wolff-Konzern und der Sowjetregierung eine gemischte Handelsgesellschaft mit einem Kapital von 300 000 Goldrubeln gebildet, die die Konzessionen erhält, Waren jeder Art nach Rußland einzuführen, aus Rußland auszuführen und in Rußland Binnenhandel zu treiben. Die Konzession erstreckt sich über das ganze Territorium Sowjetrußlands. Der Gewinn wird derart verteilt, daß bis zu 10 Proz. des Aktienkapitals als Dividende verteilt, weitere 40 Proz. zu gleichen Teilen verteilt und darüber hinaus die 50 Proz. Gewinn des Aktienkapitals die Sowjetregierung 75 Proz. des Gewinns erhält.

**Eisenbahnunglück in Rumänien.** Wie die Blätter aus Klausenburg melden, stießen zwei hintereinander fahrende Züge mit Teilnehmern der rumänischen Arbeitsfeier zusammen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 30 Personen getötet und etwa 50 schwer verletzt. Unter den Toten befindet sich auch eine Schwester des rumänischen Handelsministers. Der Verkehr auf der Strecke Ofenest-Constanza ist unterbrochen.

**Brandkatastrophe in New York.** Aus New York wird gemeldet: Montag vormittag brach in einem fünfstöckigen Wohnhaus an der Ecke der Lexington Avenue und der 110. Straße Feuer aus. 15 Personen fanden den Tod in den Flammen. Das Feuer war von einem Geistesgestörten verursacht, der einen Kinderwagen im Eingang des Hauses anzündete. Sämtliche Inassen des Gebäudes schloffen noch als das Feuer ausbrach.

## Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Dienstag in Frankfurt 4411,25 G., 4433,75 Br., in Berlin 4468,95 G. und 4491,06 Br.

- 1 Schweizer Fr. = 808,75 G., 813,25 Br.
- 1 italienischer Lire = 181 G., 182 Br.
- 1 Pfund Sterling = 19800,75 G., 1756,50 Br.
- 1 holl. Gulden = 1747,50 G., 1756,50 Br.
- 1 schwed. Krone = 141,50 G., 142,50 Br.
- 100 österreichische Kronen = 5,88 G., 6,01 Br.
- 1 dan. Krone = 875,75 G., 180,25 Br.
- 1 schwed. Krone = 1175 G., 1181 Br.

**Weitere Erhöhung der Naggarnpreise.** Die Betriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Naggarn-Fabriken hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, den Aufschlag auf die Liste vom 21. 8. 22 mit Wirkung vom 21. Oktober ab um 35 v. H. auf 195 v. H. erhöht.

**Stuttgarter Börse, 24. Okt.** Die Börse am Dienstag stand unter dem Zeichen von Gewinnminderungen, weshalb die Kurse mit wenigen Ausnahmen abschwächten. Im freien Verkehr waren die Kurseinbußen noch nicht so stark, da von Seiten des Publikums Kaufaufträge für die billigeren Werte noch in größerer Anzahl vorlagen. Bankaktien uneinheitlich. Bankaktien — 50, Hypothekbank + 60, Rotenbank + 45, Vereinsbank — 35, Spinnereien begehrt. Kolb und Schüle — 50, Unterhausen + 100, Kammgarn + 50, Erlangen unverändert. Von Brauereien gewonnenen Ravensburg 40, Reitenmeyer 50, Wulle 20, dagegen Württ. Hohenzollern — 80. Am Maschinen- und Metallmarkt waren die Abschwächungen am empfindlichsten. Daimler — 80, Feinmechanik — 40, Jungbans — 100, Desser — 15, Maschinenfabrik Weingarten — 10, Redarsulmer — 24. Höher waren nur Schlinger Maschinen bei 2100. Die übrigen Werte waren unein-



Heilich, Antika 3475, Zement Heidelberg 2100 (-100), Deutsche Verlag 1550 (-150), Köln Rothwell 2150 (-150), Otto Krumm 730 (-20), dagegen gewonnen Malzfabrik 40 (940). Im Freiverkehr: Ebinger Trikot 275-243, junge 225-220, Fichtelgold 500 bis 530, nachtr. 540, Geislinger Maschinen 310-330, junge 250, Germania Linoleum 3600-3550, Kaiser Otto 950-920, Knorr 1100-1150, Magirus 715 bis 700.

Mannheimer Produzentbörse, 23. Okt. Die Börse hatte sehr feste Haltung. Bei starkem Besuch und allgemeiner Zurückhaltung blieben die Umsätze sehr klein. Hälftenfrüchte, Hen und Stroh waren nicht notiert. Verlangt wurden für die 100 Kg. waggonfrei Mannheim einschl. Sad für Weizen 21-23 000, Roggen 18 000, Gerste 17 500-18 500, ausländischer Haber 19 000, amerikanischer Mais 17 000, Weizenkleie 8500 bis 9000 M. In der Abteilung Kolonialwaren wurden verlangt für Kaffee Santos Superior 1167 M., Kaffee gewaschen 120 M. das halb kilo verzollt, Kakaopulver holländisches 750 M. das Kg., Vanille II 300 M. das Kg., Javazucker 375 M. das Kg., Rohzucker 290 M. das Kg., alles ab Lager Mannheim, bezollt bei behaupteter Stimmung.

Stuttgart, 24. Okt. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 69 Ochsen, 29 Bullen, 300 Jungbullen, 200 Jungriinder, 856 Rälhe, 317 Rälber, 449 Schweine, 7 Schafe und 3 Ziegen. Davon blieben unberauft: 31 Schweine. Verlauf des Marktes: bei Großvieh und Rälbern beliebt, bei Schweinen mäßig. Erlös wurde aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 11 800-12 500, zweite 9500-11 200, Bullen erste 11 000-11 400, zweite 9800-10 600, Jungriinder erste 12-12 600, zweite 10 400-11 500, dritte 9400-10 000, Rälhe erste 8800-9600, zweite 70- bis 8200, dritte 50-6500, Rälber erste 13 300-14 000, zweite 12 500-13 200, dritte 11 000-12 200, Schweine erste 29 000-31 000, zweite 26 500-28 500, dritte 23 500-25 500 M.

Stuttgart, 24. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof sind an den beiden letzten Verträgen neu zugeführt worden 28 Wagen, davon 26 aus Württemberg, 1 aus Baden und 1 aus Bayern. Preis waggonweise für 10 000 Kg. 56 000-64 000 M., im Kleinverkauf 300-340 M. für 1 Jtr.

Dem Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz waren zugeführt 4000 Jtr. Preis 300-350 M. für 1 Jtr. Auf dem Filderkrautmarkt auf dem Charlottenplatz betrug die Zufuhr nur 500 Stüd; Preis 450 M. für einen Zentner.

**Herbstnachrichten.**

Strümpfelbach i. R., 24. Okt. Weitere Käufe zu 20 000 M. pro 3 Hektoliter. Von den Weingärtnern wird sehr viel Wein eingelegt.

Erlenbach, D. R. Neckarjahn, 24. Okt. Die Lese geht noch weiter. Verkauf heute lebhafter zu 15 000 bis 18 000 Mark. Qualität, das Quantum schlägt bedeutend vor.

**Vom Büchertisch.**

Bilder aus der letzten Kaiserzeit, mit 19 Bildtafeln. Ein neues Buch von Otto Hammann, langjähriger Presseschef im auswärtigen Amt. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Preis geb. M. 850. - u. Feuerungsanschlag. Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig.

**Letzte Nachrichten.**

**Der Staatsgerichtshof und die Begünstigung der Rathenauumdäber.**

WTB. Leipzig, 24. Okt. In dem Prozeß gegen Dr. Stein und Kapitänleutnant Dietrich wegen Begünstigung der Rathenauumdäber hat der Staatsgerichtshof heute Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr das Urteil gefällt. Der Angeklagte Stein wurde freigesprochen, der Angeklagte Dietrich wegen Vergehens gegen § 53 Abs. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 22 wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

**Die „enge“ Zusammenarbeit des franz. und poln. Generalstabs.**

WTB. Warschau, 25. Okt. Der Pariser Korrespondent der „Gazeta Warszawska“ meldet, während der Anwesenheit Sikorskis in Paris seien keine neuen Verträge unterzeichnet worden, aber es sei die enge Zusammenarbeit des franz. und des poln. Generalstabs in der Frage der Ausbildung und der Ausrüstung der polnischen Armee und in anderen Fragen festgelegt worden.

**Ein furchtbares Drama.**

WTB. Düsseldorf, 25. Okt. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ aus Opladen melden, brachte sich der in Oettingen wohnende Reinhold Kemmler auf furchtbare Weise ums Leben, wobei er drei andere Personen mit sich in den Tod nahm. Kemmler, der ansehend in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begehen wollte, zündete auf einem Weidplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Fäufschur an, die an einer Granate befestigt war, und setzte sich auf die letztere. Einer seiner Freunde, sowie dessen Braut und dessen Mutter eilten herzu, um die Fäufschur zu löschen. Es war aber bereits zu spät und die unter furchtbarem Knall explodierende Granate zerriß alle vier Personen.

**Das neue engl. Kabinett.**

WTB. London, 25. Okt. Das neue Kabinett ist gestern Abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister: Bonar Law; Lordkanzler: Viscount Cave; Lordpräsident des Geheimen Rats und stellv. Führer des Oberhauses: Lord Salisbury; Schatzkanzler: Baldwin; Staatssekretär des Innern: Bridgeman; Staatssekretär der Kolonien: Herzog von Devonshire; Staatssekretär für Indien: Viscount

Beel; Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Lord Curzon; Staatssekretär des Kriegswesens: Lord Derby; Gesundheitsminister: Sir Philip Lloyd George; Erster Lord der Admiralität: Amery; Gesundheitsminister: Sir Arthur Hodge; Landwirtschaftsminister: Sir Robert Squire. Einige Minister sind noch zu besetzen. Auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

**Vor einer Einigung Frankreichs und Englands in der Reparationsfrage?**

WTB. London, 24. Okt. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, eine wichtige Entwicklung der durch die Einigung zwischen der britischen und französischen Delegation in der Reparationskommission geschaffenen Lage werde erwartet. Bradbury, Barthou und andere Mitglieder der Kommission würden, wenn der von den beiden Abgeordneten eingebrachte diesbezügliche Vorschlag angenommen werde, in kurzer Zeit nach Berlin reisen. Zusammenhängend mit dem Sturz der Kart erscheine es nach Ansicht eines Teils der Kommission angezeigt, an Ort und Stelle die Symptome zu untersuchen.

**Die Reise nach Berlin beschlossen.**

WTB. Paris, 24. Okt. Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes amtliche Communiqué: Die Reparationskommission hat nach drei Sitzungen, in denen sie offiziell die von der englischen und der französischen Delegation eingebrachten Vorschläge und andere im Laufe der Verhandlungen gemachten Anregungen geprüft hat, einstimmig beschlossen, sich nach Berlin zu begeben, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die die Kommission für die Herstellung des Budgetgleichgewichts und zur Stabilisierung der Kart für nötig erachte. Die Kommission wird am Samstag Abend abreisen.

**Frankreich verlangt von Deutschland auch noch Stickstoff-Dünger.**

WTB. Paris, 24. Okt. Im heutigen Ministerrat ist auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers beschlossen worden, neben den übrigen Sachlieferungen von Deutschland auch die Lieferung des erforderlichen Stickstoffdüngers für die französische Landwirtschaft zu verlangen.

**Wetterwärtliches Wetter.**

Bei zunehmendem Luftdruck und vorwiegend nördlichen Aufströmungen ist für Donnerstag und Freitag weitestgehend bewölkt, novembermäßig kühles Wetter ohne nennenswerten Niederschläge zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saut.

**Ebhausen.**  
**Vieh-, Krämer- u. Flachsmarkt**  
am 26. Oktober 1922.  
Bei der günstigen Lage der hiesigen Gemeinde im Mittelpunkt des Bezirks werden Verkäufer u. Käufer zu zahlreichem Besuch eingeladen.  
Schultheißenamt.

Altensteig.  
**Brückenwagen und Gewichte**  
empfehlen  
**PAUL BECK.**

Altensteig.  
**Ia Sächsische Speise-Zwiebeln**  
haltbare Lagerware  
sind eingetroffen bei  
**Chr. Burghard jr.**

**Inserate**  
haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ jederzeit den besten Erfolg.

**Druckarbeiten**  
für Behörden, Geschäfte u. Private liefert schnell und preiswert die  
W. Rieker'sche Buchdr.  
Altensteig.  
Eine **Ziehharmonika**  
zweireihig, verkauft  
Kirzbach ö. Bäder Drexel.

Nagold und Ebhausen.  
**Krankenartikel**  
s. Kinder- u. Wochenbettspflege, Gummieinlagen, Bruchbänder, Krankenweine, Champagner, Cognak  
empfiehlt in reicher Auswahl  
**Löwendrogerie Gebr. Benz**  
Hauptgesch.: Filialdrogerie:  
Nagold. Ebhausen  
Ann.: Schriftl. Bestellungen werden billigst, bei größeren Aufträgen franco ausgeführt.

**Nutze dein Herdfeuer!**  
Schellfisch, wenn er gut und frisch.  
Ist etwas für jeden Tisch.  
Leicht gekocht ist dies Gericht.  
Nur vergessen darfst Du nicht:  
Nast ihn auf dem Feuer Du.  
Stell den Wäschtopf\*) dazu!  
\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht u. desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis. 11



**Unsere Leser,**  
welche die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ durch die Post beziehen und sie nur für den Monat Oktober bestellt haben, machen wir darauf aufmerksam, daß sie von sich aus die Zeitung für November bei der Post (der Postanstalt, dem Postboten oder Briefträger) erneuern müssen, wollen sie unsere Zeitung ununterbrochen weiter erhalten.  
Man verwende hiezu nachfolgenden Bestellschein.

An das Un-  
frankiert Postamt

Ich bestelle hiemit die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat November und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger oder Postboten bei mir erheben zu lassen.

Name: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_

